

Starke Jugend braucht starke Partner – Eine jugendpolitische Position der Arbeiter-Samariter-Jugend Deutschland

1. Präambel

Die Arbeiter-Samariter-Jugend (ASJ) ist der selbstständige Jugendverband der Hilfs- und Wohlfahrtsorganisation Arbeiter-Samariter-Bund (ASB). In der ASJ engagieren sich Jugendliche ehrenamtlich und selbstorganisiert. In derzeit 13 Bundesländern stellt die ASJ Landesjugendvorstände, die in den Ländern die Jugendverbandsarbeit gestalten. Überwiegend findet die Jugendarbeit in Jugendgruppen, in Veranstaltungen, Freizeitmaßnahmen, Wettbewerben und Seminaren statt. Sowohl auf Bundes- als auch auf Länder- und kommunaler Ebene sind die Gliederungen der ASJ demokratisch organisiert.

Ein zentrales Thema der ASJ-Aktivitäten ist die Erste Hilfe. Dazu gehört die Ausbildung in Erster Hilfe ebenso wie zahlreiche Übungsmöglichkeiten und die Hilfeleistung im Notfall. Jugendliche werden frühzeitig an ehrenamtliches und freiwilliges Engagement herangeführt, üben solidarische Hilfe und Verantwortungsübernahme. Die ASJ gestaltet den Lern- und Lebensort Schule z.B. im Rahmen des Schulsanitätsdienstes aktiv mit.

Darüber hinaus engagiert sich die ASJ als Jugendverband in zahlreichen sozialen Projekten, führt bundesweite Kampagnen durch und vermittelt in Seminaren für alle Altersgruppen lebenspraktische und bildungsrelevante Lerninhalte. Ziele sind Demokratieerfahrung, gemeinsames Lernen, die Übernahme von Verantwortung für sich selbst und andere und das Heranführen an ehrenamtliches und freiwilliges Engagement. In der ASJ kann jeder Interessen von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen vertreten und gesellschaftspolitisches Engagement sehr früh und mit professioneller Unterstützung ausüben. Die ASJ bietet zusammen mit dem ASB ein starkes Netzwerk, in dem junge Menschen sich zu Hause fühlen und aus den vielfältigen Möglichkeiten eines Sozial- und Wohlfahrtsverbandes schöpfen können.

Die Arbeiter-Samariter-Jugend hat gemeinsam mit dem Arbeiter-Samariter-Bund das Jahr 2014 zum Jahr der Jugend ausgerufen. Es soll ein verstärktes Augenmerk auf die „Jugend“ gelenkt werden, um ihre Bedeutung für die Gesellschaft und ihrer Zukunft herauszustellen.

Mit dem vorliegenden Positionspapier stellt die Arbeiter-Samariter-Jugend ihre Sichtweise zu wichtigen jugendpolitischen Themen vor. Der Bundesjugendvorstand der ASJ vertritt damit eine im Jugendverband gemeinsam erarbeitete und abgestimmte Position. Ziel ist es, in einen Dialog mit politischen Entscheidungsträgern zu treten, die Fach- und Sachkenntnis der ASJ in die jugendpolitischen Debatten einzubringen und die gemeinsamen Vorhaben in zielorientierte und nachhaltige Projekte einfließen zu lassen.

2. Thesen

2.1 Jugend ist eine eigenständige Lebensphase

Auch wenn das Gesetz die Jugend erst ab einem Alter von 14 Jahren definiert, sehen wir den Beginn der Jugendphase schon ein bis zwei Jahre früher. Der Übergang vom Kind zum Jugendlichen ist ein individueller und fließender Prozess. Deshalb ist es wichtig, genau auf diesen Bereich bis zum Wechsel in die Erwachsenenwelt zu schauen. Auch dieser ist sehr individuell zu beschreiben, denn ein 20-jähriger Familienvater möchte nicht mehr als Jugendlicher bezeichnet werden, während dies bei einem 25-jährigen Studenten durchaus keine Abwertung sein muss. Auch vor diesem Hintergrund wird deutlich, dass die „Jugend“ eine eigenständige Lebensphase ist und nicht nur auf den Übergang von der Kindheit zum Erwachsenen reduziert werden darf.

Jugendliche wollen ihre eigenen Erfahrungen machen, sich ausprobieren und an Grenzen kommen, um sich individuell weiter zu entwickeln. Jugend muss als „Jugend“ wahr- und ernst genommen werden! Dies bedeutet insbesondere, dass die Lebensphase der „Jugend“ nicht fremdbestimmt instrumentalisiert werden darf. Jugend ist eine Zeit, in der man Verantwortung für die Gesellschaft erlernt, aber auch seine eigene Persönlichkeit entwickeln kann und darf.

Jugendliche ernst zu nehmen, bedeutet, ihnen die Verantwortung für sich selbst und die Gestaltung ihrer Zukunft zuzugestehen.

2.2 Jugend braucht eine eigenständige Jugendpolitik

Jugend taucht heute in der öffentlichen Debatte, der Politik, den Medien etc. kaum noch auf. Es entsteht das Gefühl, man hätte diesen Lebensabschnitt vergessen, verdrängt oder aus dem Bewusstsein der Gesellschaft beseitigt. Es finden sich überwiegend Berichte über eine Minderheit jugendlicher Problemgruppen oder von jugendlichen Gewalttätern, diese führen oftmals zu unreflektierten bis überzogenen Reaktionen in den Medien und in der Politik.

Jugendpolitik muss alle Jugendlichen, unabhängig von ihrer Herkunft, der politischen Einstellung, dem religiösen Hintergrund, der finanziellen Situation, dem Geschlecht, ihrer sexuellen Orientierung sowie ihrer körperlichen Verfassung erreichen und darf nicht nur problemfokussiert sein. Jugendpolitik muss als Leitlinie, Angebot und Rahmen zur Persönlichkeitsentwicklung gestaltet sein und hat in diesem Sinne auch präventiven Charakter.

Jugendspezifische Themen sind bisher hauptsächlich in der Familienpolitik verankert. Dort nehmen sie neben anderen familienpolitischen Themen jedoch nur geringen Raum ein. Sie finden sich aber auch in der Arbeitsmarkt-, Bildungs-, Verteidigungspolitik und anderen Politikfeldern wieder. Die Segmentierung und Unterordnung der Themen bedeutet für die Jugend, dass sie in den einzelnen politischen Feldern kaum oder gar nicht wahrgenommen wird. Aus dieser nicht zufriedenstellenden derzeitigen Situation ergibt sich als Lösung die Notwendigkeit einer eigenständigen Jugendpolitik. Das bedeutet, dass Schnittstellen definiert, die Zusammenarbeit der Ressorts verbessert und die jugendrelevanten

Politikfelder explizit koordiniert werden müssen. Gesetzgebungsprozesse müssen generell hinsichtlich ihrer Auswirkung auf die Belange der Jugend überprüft werden. Alle politischen Akteure müssen ihre Verantwortung erkennen und übernehmen. Dabei ist die Bundespolitik Wegweiser für Länder und Kommunen, muss Vorbild sein und Rahmenbedingungen vorgeben.

Um der Jugendpolitik Gehör zu verschaffen, schlägt die ASJ regelmäßige, z.B. jährliche bundesweite Foren vor, bei denen Politik, Jugendverbände und die Öffentlichkeit gemeinsam jugendrelevante Themen diskutieren, Projekte initiieren und konkrete Lösungen für Probleme erarbeiten.

2.3 Jugend braucht Partizipation und Demokratieentwicklung

Demokratie ist eine Errungenschaft der Menschheit, für die viele Frauen und Männer im Laufe der Geschichte eingetreten sind und gekämpft haben. Ihnen ist die Freiheit zu verdanken, die wir in unserer Gesellschaft heute genießen dürfen. Aus der Geschichte heraus ergibt sich bereits, dass Demokratie Zeit braucht, Menschen sich aktiv dafür einsetzen müssen und sie langsam wächst. Ebenso verkümmert sie, wenn nicht in sie investiert wird.

Jugendliche müssen den Wert einer demokratischen und solidarischen Gesellschaft erkennen. Partizipation ist ein Schlüssel hierzu. Auch vor dem Hintergrund von steigendem Extremismus ist die Politik aufgefordert, das Bewusstsein für eine offene, tolerante und demokratische Gesellschaft zu wecken und zu stärken. Menschen, die aus unterschiedlichen Gründen eine extremistische Gesinnung entwickeln, gefährden den gesellschaftlichen Frieden. Menschen, die in ihren Herkunftsländern vielleicht nie Demokratie erleben durften und in Deutschland eine neue Heimat finden, müssen die Möglichkeit haben, Demokratie einzuüben.

Jugendliche sollen ihre Persönlichkeit frei entfalten, ihre Rechte wahrnehmen und ihrer Verantwortung in Gesellschaft und Staat gerecht werden können. Das sind die Ziele und die Maßgaben des Achten Sozialgesetzbuches und des Kinder- und Jugendplans des Bundes. Als gewolltes staatspolitisches Merkmal hat sich eine Vielfalt von Trägern der freien Jugendhilfe entwickelt. Dabei kommt den Jugendverbänden und der offenen Jugendarbeit eine zentrale Bedeutung zu. Sie bieten unter anderem Orte, die Autonomie unterstützen und fördern, Demokratieerfahrungen ermöglichen und Extremismus aktiv entgegenwirken. Die Prinzipien dabei sind: Jugend für Jugend, Hilfe zur Selbsthilfe, Sozialraumorientierung und Lebensweltorientierung.

2.4 Jugend braucht Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit

Die ASJ versteht Bildung als ein wichtiges Recht von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen und fordert deshalb Bildung jedem gleichberechtigt zu jedem Zeitpunkt frei zugänglich zu machen.

Unabhängig ihres Geschlechts, ihrer sozialen, ethnischen und familiären Herkunft und ihres Bildungshintergrundes muss Jugendlichen Teilhabe ermöglicht werden. Hierbei dürfen Inklusion und Integration nicht nur „Modethemen“ sein, sondern

müssen mit Inhalten gefüllt und gelebt werden. Alle Jugendlichen sind einzubeziehen.

Um dieses Ziel zu verwirklichen, muss sich die Schule mehr denn je von einem Lernort hin zu einer Lebenswelt entwickeln, da sie nicht mehr nur Bildungsinstitution ist. Die Schule hat es bisher versäumt, sich den veränderten Lebensrealitäten der Jugendlichen anzupassen. Zur Schule als Lebenswelt gehört, dass Schulstrukturen aufgebrochen und geöffnet werden, um Schülerinnen und Schülern ein kreatives und selbstbestimmtes Lernen zu ermöglichen. Die Schule muss breitgefächerte und ansprechende Bildungsangebote bereithalten und Jugendlichen nicht nur schulische, sondern auch gesellschaftliche Bildung vermitteln, d.h. Jugendliche anzuregen, sich eigeninitiativ mit gesellschaftlichen Problemen und deren Lösung zu beschäftigen.

Da Jugendliche einen Großteil ihrer Zeit in der Schule verbringen, ist es notwendig, dass Bereiche wie die schulbezogene Sozialarbeit oder die Nachmittagsbetreuung auch in Zusammenarbeit mit Verbänden qualitativ ausgebaut und solide dauerhaft finanziert werden. Dadurch erübrigen sich jedoch die außerschulischen Angebote nicht.

Zur außerschulischen Bildungsarbeit zählen Streetworking, Jugendclubs und Jugendverbandsarbeit. Damit werden alle Jugendlichen erreicht und es kann gezielt auf ihre Bedürfnisse, Neigungen und Fähigkeiten eingegangen werden. Außerschulische Bildung ermöglicht mit ihren informellen Angeboten u.a. Erziehung zur Demokratie und zu sozialem Verhalten, wie sie in der Schule kaum erlernt werden können. Für die außerschulische Bildung ist es erforderlich, dass die strukturelle Förderung der Jugendverbandsarbeit und die Jugendsozialarbeit ausgebaut und vermehrt internationale Angebote (z.B. Jugendbegegnungen, Freiwilligendienste etc.) geschaffen werden.

2.5 Jugend braucht Freiraum

Das gesellschaftliche Veränderungs- und Weiterentwicklungspotenzial liegt bei den Jugendlichen. In Jugendlichen steckt viel Innovationskraft und Kreativität. Zur Entfaltung dieser Ressourcen brauchen Jugendliche Freiraum und die Möglichkeit Grenzen auszutesten. Sie dürfen Fehler machen und gesellschaftliche Werte und Normen in Frage stellen. Nur Ausprobieren bringt Fortschritt. Dazu gehören Freiraum, Orte und Zeit. Gerade Zeit ist jedoch auch bei Jugendlichen ein knappes Gut.

Schon die Struktur der Schule mit Nachmittagsunterricht und komprimierterer Wissensvermittlung kann zu enormem Stress führen. Daneben führt die Lebensrealität der Eltern vielfach zu weniger Familienzeit und Kontakt zu den Jugendlichen.

Stabile und vertrauensvolle Beziehungen zu Eltern und anderen Menschen aus dem jugendlichen Umfeld, z.B. zur Gruppenleitung im Jugendverband, ihrer Peergroup sowie ausreichend Zeit sind Grundvoraussetzungen, um Freiräume sinnvoll nutzen zu können. Zur Schaffung von Freiräumen gehört eine nachhaltige Finanzierung.

2.6 Jugend braucht Selbstbestimmung und Selbstorganisation

Die Jugend ist eine kraftvolle Zeit. Jugendliche müssen die Möglichkeit bekommen zu erleben, was in ihnen steckt. Sie brauchen Herausforderungen, durch die sie sich beweisen können. Jugendlichen muss zugetraut werden, sich in vielen Bereichen selbst zu organisieren und eigene Projekte und Angebote zu kreieren und durchzuführen, wie es beispielsweise im Rahmen der Jugendverbandsarbeit geschieht.

Junge Menschen erleben aber oft, dass ihnen die Möglichkeit zur Selbstorganisation in einem von anderen durchstrukturierten Alltag verwehrt wird. Beispielsweise lässt der Leistungsdruck in Schule und Studium wenig Raum für Selbstbestimmung. Dort kommt es derzeit nicht so sehr darauf an, die eigenen Fähigkeiten und Fertigkeiten zu erproben, sondern vielmehr auf die Erfüllung von Leistungsnormen.

Um Jugend ernst zu nehmen ist es entscheidend, Bildungssysteme in Schule und Studium zukünftig mit ihnen gemeinsam zu konstruieren, so dass sie durchlässig sind und Raum für Selbstorganisation und Selbstbestimmung bieten. Außerdem müssen bestehende Formen, in denen Selbst- und Mitbestimmung möglich ist, z.B. Jugendparlamente und Jugendverbandsarbeit, konsequent gefördert und ausgebaut werden.

2.7 Jugend braucht Generationengerechtigkeit

Jugend lässt sich nicht darauf reduzieren, der künftige Beitragszahler für ältere Generationen zu sein. Die Last der Finanzierung von Sozialsystemen und der langfristige Erhalt der Infrastruktur darf nicht allein auf den Schultern der Jugendlichen liegen. Das heißt, auch in Zukunft müssen die heute jungen Menschen, nachdem sie ein ganzes Leben lang Rentenbeiträge geleistet haben, beispielsweise eine armutsfeste Rente erhalten und darauf vertrauen können, dass jede Generation ihren Beitrag zur Erhaltung der Voraussetzungen für wirtschaftliche Stabilität leistet. Die zukünftigen Chancen der Jugendlichen auf Befriedigung ihrer eigenen Bedürfnisse müssen mindestens genauso groß sein, wie die der heutigen erwachsenen Generation. Das muss sowohl beim Ressourcenverbrauch, der Finanzierung von sozialen Sicherungssystemen als auch beim Erhalt der technischen und sozialen Infrastruktur berücksichtigt werden.

Jugendlichen muss ermöglicht werden, sich aktiv an der Gestaltung ihrer aktuellen und zukünftigen Lebensbedingungen zu beteiligen. Das heißt, junge Menschen müssen mehr als bisher in politische Entscheidungen einbezogen werden. Damit würde der Blick mehr auf politische Themen gerichtet, die Jugendliche betreffen, wie zum Beispiel auf Schule und Ausbildung, Klima-, Umwelt- und Naturschutz, Medien-, Kultur- oder Netzpolitik. Die Absenkung des Wahlalters von 18 auf 16 Jahre wäre dabei ein notwendiger Schritt.

2.8 Jugend braucht gute und sinnvolle Freizeitangebote

Jugendliche verbringen ihre Freizeit am liebsten mit Freunden und seltener zu Hause. Je älter Jugendliche werden, desto wichtiger wird der kommunikative Charakter der Freizeitgestaltung und die häusliche Gebundenheit nimmt ab. Deshalb ist es besonders wichtig, dass Jugendliche Treffpunkte und Gelegenheiten haben, um mit der Peergroup ihre Freizeit zu gestalten. Häufig erleben Jugendliche aber, dass in der Kommune an offen zugänglichen Freizeitangeboten drastisch gespart wird. Freibäder, Hallenbäder oder Jugendtreffs schließen und die Freizeitangebote wie z.B. der Zoo oder Freizeitpark sind sehr teuer. Den Kommunen kommt bei Schaffung und Erhalt von öffentlichen Freizeitangeboten eine bedeutende Rolle zu, es darf nicht sein, dass diese beliebig dem Rotstift zum Opfer fallen.

Ihre Freizeit im Jugendverband zu verbringen, wird für Jugendliche derzeit immer schwieriger, da die Anwesenheitszeiten in Schule und Hochschule sich oft bis spät in den Nachmittag ziehen. Hier müssen Modelle entwickelt werden, wie eine lebendige Jugendverbandskultur aufrechterhalten und weiterentwickelt werden kann.

3. Zusammenfassung

Um Jugendliche ernst zu nehmen und sie an der Gestaltung ihrer Zukunft partizipieren zu lassen, sind aus der Sicht der Arbeiter-Samariter-Jugend Politik und Gesellschaft dazu aufgefordert

- Jugendpolitik als eigenes Politikfeld zu begreifen und diesem Gehör zu verschaffen,
- das Bewusstsein für eine offene, tolerante und demokratische Gesellschaft und Partizipation zu intensivieren, indem Beteiligungsstrukturen für Jugendliche weiterentwickelt und ausgebaut werden,
- Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit zu erzielen, indem Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene unabhängig von ihrem Elternhaus und ihrer sozialen Herkunft gefördert werden und ihre Fähigkeiten entfalten können,
- Freiräume zu schaffen, in denen Orte und Zeit zur Verfügung gestellt werden, wo Jugendliche sich ausprobieren können,
- Selbstbestimmung und Selbstorganisation zu ermöglichen, indem bestehende Formen der Selbst- und Mitbestimmung vor allem strukturell gestärkt und gefördert werden und Veränderungen im Bildungssystem gemeinsam mit der Jugend geplant und durchgeführt werden,
- für Generationengerechtigkeit zu sorgen, indem die Last der sozialen Versorgung nicht auf den Schultern der Jugend abgeladen wird und junge Menschen stärker als bisher in politische Entscheidungen einbezogen werden, das heißt konkret das Wahlalter von 18 Jahre auf 16 Jahre abzusenken und
- gemeinsam mit den Jugendverbänden Freizeit-Modelle zu entwickeln, die trotz Nachmittagsunterricht eine lebendige Jugendverbandskultur ermöglichen.